



# Verbraucherschutz und Stärkung des Pluralismus: Herausforderungen für die Europawahl 2024

Rede von Generalsekretär Bernd Hüttemann auf der  
Mitgliederversammlung des Verbraucherzentrale  
Bundesverbandes e. V. (VZBV)

## EU-in-BRIEF | Ausgabe 03-2023

Hinweis: Es gilt das gesprochene Wort

**Knapp ein Jahr vor der Europawahl 2024 positionieren sich EBD-Mitgliedsparteien und -organisationen europapolitisch. Eine starke deutsche Wahlbeteiligung geht einher mit einer Mobilisierung gesellschaftlicher Kräfte. Mit dem Schwerpunkt der Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern auf EU-Ebene lud der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) e. V. am 26. April 2023 zu seiner Mitgliederversammlung ein. Generalsekretär Bernd Hüttemann brachte eine Bewertung aus Sicht der EBD ein und skizzierte den Zeitplan der Europawahl 2024.**

Lassen Sie mich zu Beginn seufzen! "Ach, Europa!" Das Buch von Hans Magnus Enzensberger habe ich mal als Schüler vor dem Mauerfall gelesen. Ich bin froh, dass Sie mich nicht unter diesem Titel eingeladen haben. Noch gruseliger wäre "Europa quo vadis?" oder „Europa in der Krise?“ gewesen. Europa ist so stark in der Öffentlichkeit mit Krisen verbunden, dass man sogar aus der Not eine Tugend gemacht hat. Europa werde nur durch Krisen stark, heißt es. Das stimmt auf den ersten Blick. So hat uns der Brexit, aber auch das russische Regime - trotz jahrelanger Infiltration und Krieg - in der EU

geeint. Verzeihen Sie mir, aber wir sollten es mit weniger Krisenrhetorik versuchen. Deshalb ein Blick nach vorne, um das demokratische freiheitliche Europa zu stärken.

Liebe Ramona Pop, sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst mein allerherzlichster Dank für die Einladung hier bei einem der wichtigsten Spitzenverbände des EBD-Netzwerkes sprechen zu dürfen. Zwei Monate vor unserer Mitgliederversammlung und ein Jahr

vor der Europawahl. Es ist eine Zeit der europapolitischen Positionierung und der Kandidatenaufstellungen. Als größtes europapolitisches Netzwerk in Deutschland mit 250 Mitgliedsorganisationen, das Parteien, Vereine, Verbände, Stiftungen und Unternehmen zusammenbringt, möchten wir die Wahl in die deutsche Gesellschaft hineinragen und für eine starke Mitwirkung werben.

Gesellschaftliche Kräfte, wie der vzbv, der über seine 16 Verbraucherzentralen und 25 verbraucherpolitischen Verbände tief in Gesellschaft und Öffentlichkeit verwurzelt ist, kommt als Multiplikator eine gewichtige Rolle zu. Denn nur, wenn wir Bürgerinnen und Bürger mit Forderungen für europäische Politik und Gesetzgebung nicht nur von Parteien, sondern auch von Interessengruppen konfrontieren, wird die Europawahl zur europäischen Themenwahl. Eine Art „Zwischenwahl“ nationaler Legislaturperioden müssen wir vermeiden. Ich freue mich daher, dass sie die Europawahl bereits frühzeitig auf die Agenda ihrer Mitgliederversammlung gesetzt und die EBD als Impulsgeberin eingeladen haben. Gerne sind wir mit Blick auf die Europawahl die Plattform, sich mit anderen Verbänden im Wahlkampf abzustimmen wie auch der Dialogkanal zu den Parteien, die in ihrer Gesamtheit als proeuropäische Kräfte im Netzwerk EBD Mitglied sind.

## Verbraucherschutz als Kernelement

Auf die eine oder andere Art und Weise werben wir für dieses Europa in Freiheit und Frieden seit unserem Gründungsjahr 1949. Wir gehören quasi zum Grundgesetzinventar der Bundesrepublik. Von Anfang an waren Wirtschaft und Gesellschaft bei uns verbunden. Aber natürlich sind die Herausforderungen in der europäischen Integration gewachsen und gleichzeitig steht Politik immer stärker im Spannungsfeld unterschiedlichster Aufgabenstellungen und Interessen. Es ist insofern kein Wunder, dass der VZBV erst seit 2006 Mitglied der EBD ist, wissend dass sie sich erst 2000 neu

aufgestellt haben. Verbraucherschutz ist erst seit 1993 Teil der EU-Verträge und damit der EU-Gesetzgebung. Die vielen Integrationsstufen, die zur heutigen Europäischen Union geführt haben, haben eben nicht von Anfang an den Verbraucherschutz auf der Agenda gehabt. Verbraucherschutz aber auch Umweltschutz sind quasi europäische Spätstarter. Bei allen frühen Versuchen, ein vereintes politisches Europa zu schaffen, war es vor allem die Wirtschaft, die die größten Integrationsschübe nachhaltig geschaffen hat. Wir haben es während der Pandemie gesehen. Wenn die Lieferketten im Binnenmarkt nicht unterbrochen worden wären, hätten die Nationalstaaten die Grenzen noch länger geschlossen. Der bloße Wille zu einem Europa der offenen Grenzen reicht offensichtlich nicht aus. EU-Gesetze, Rechtsstaatlichkeit und das europäische Gemeinschaftsrecht sind Grundbedingungen für die Freiheit. Wir müssen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten zwischen Europas Demokratien so stärken, dass es weh tut, egoistisch nationale Interessen durchsetzen zu wollen.

Man muss vor allem dem deutschen Bundestag sehr dankbar sein, dass es in der Bundesrepublik das Instrument einer institutionellen Förderung ermöglicht. Für uns schon seit 1949, aber auch einige Jahre für den VZBV. Denn es ist klar, dass die Grundbedingungen des Interessenwettstreits nicht immer fair sind. Finanziell, aber auch durch ehrenamtliche Kraft: die Ressourcen sind nicht gleich verteilt.

Wir stehen als EBD-Netzwerk für den Wettbewerb der besten Konzepte. Gleichzeitig sehen wir Europapolitik nicht ausschließlich in Brüssel angesiedelt. Das klingt banal. Aber noch immer erscheint es gerade im Politikbetrieb der Bundeshauptstadt, als sei EU-Gesetzgebung vor allem eine Angelegenheit einer Behörde in Brüssel, die von Nationalstaaten eingegrenzt werden muss, mit ein wenig parlamentarischem Beiwerk.

Unsere breite Mitgliedschaft gibt uns ein umfassenderes Bild, das Bild eines Gesamtkunstwerkes der EU-Gesetzgebung. Und das ist natürlich nicht leicht interpretierbar oder gar in all seinen Facetten erkennbar.

Ich fand es mit Blick auf den Europawahlkampf 2019 erfrischend, dass der VZBV verdeutlicht gemacht hat, dass die EU eine positive Gestalterin von Verbraucherrechten etwa bei Abschaffung von Roaming-Gebühren oder bei Verboten von gesundheitlich bedenklichen Stoffen in unseren Produkten. Gerade mit Blick auf die Digitalisierung müssen wir aktuell zusehen, dass Verbraucherrechte angesichts der globalen Tech-Unternehmen gestärkt werden. Gut daher, dass Sie sich auch in diesem Wahlkampf für die Verbraucherrechte im digitalen Binnenmarkt einsetzen möchten.

Ebenso ist die Verbraucherstimme in den Verhandlungen der EU-Handelsabkommen frühzeitig wichtig. Schließlich ist die EU-Handelspolitik eins der wenigen Felder, das in den ausschließlichen Kompetenzbereich fällt - in der Rechtsvorschriften also direkt von der EU erlassen werden und in dessen Bereich die Europäische Kommission am Verhandlungstisch mit den Drittländern sitzt. Mit Indien, Australien und Indonesien werden neue Partnerschaften aktuell verhandelt und mit Chile, Mexiko, Neuseeland und dem Mercosur-Raum stehen wichtige Handelsabkommen kurz vor dem Abschluss, wobei die Ratifizierung nicht ausgemacht ist.

Gemeinsam mit dem Europäischen Verbraucherverband (BEUC) wünschen wir uns, dass Kritik sich früh und konstruktiv in die Verhandlungen einbringt. Die EU hat die Möglichkeit, auf Basis des starken Europäischen Binnenmarktes Standards zu setzen und diese weltweit zu exportieren. Angesichts eines immer selbstbewusster fast entfesselten Chinas, das individuelle Bürger- und Menschenrechte infrage stellt, ist eine starke, auf Verbraucherinteressen ausgerichtete EU-Handelspolitik von großer Bedeutung.

Und schließlich ist Ihre Stimme wichtig in der Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft, die bezahlbar für alle bleiben muss. Gerade in der Umsetzung des Fit-for-55-Paketes im Bereich der Energieeffizienz von Gebäuden und in den aktuellen Debatten zur Reform des Strommarktdesigns ist die Stimme der Verbraucherinnen und Verbraucher unverzichtbar, damit die Unterstützung in dieser notwendigen Transformationsaufgabe hoch bleibt und der Wandel als Chance für eine nachhaltige und gerechte Gesellschaft gesehen wird.

Wir in der EBD maßen uns dabei nicht an, dass wir alle all diese Facetten richtig erfassen. Aber wir sorgen mit dafür, im Dialog mit der Bundesregierung die Chancen, Risiken, Herausforderungen und Möglichkeiten klarer benannt werden. Am Ende geht es auch darum, politische und gesellschaftliche Verantwortung anzumahnen und kritisch zu begleiten. Und hier zielen wir nicht allein auf das Europaparlament und die Europäischen Kommission ab, sondern auch auf das in seiner Verantwortung wichtigen Organs - den Rat der EU - und sein enorm wichtiges Mitglied - die deutsche Bundesregierung.

## Eine „Zwischenwahl“ nationaler Legislaturperioden vermeiden

Umso wichtiger ist uns, dass es keine Grenze zwischen nationaler und europäischer Politik gibt, sondern im Mehrebenensystem die Zahnräder des politischen Betriebs ineinandergreifen. Ein Paradebeispiel war die unsägliche „Echternacher Springprozeession“ der deutschen Bundesregierung zur EU-Vorgabe zum Verkaufsverbot von Verbrennermotoren ab 2035. Zwei Schritte vor, ein deutscher Schritt zurück. Denn unabhängig davon, wie wir zur Nutzung von E-Fuels stehen, hat die Bundesregierung großen Schaden angerichtet. Denn in aller letzter Minute medienwirksame längst beschlossene Kompromisse in der Gesetzgebung in Frage zu stellen, hat leider

gut eingeübte Gesetzgebungsmechanismen gestört und wird leider Nachahmung finden.

In diesen Monaten nutzen wir den Dialog mit den Mitgliedern eine bessere europäische Gesetzgebung und Politik konkret anzunehmen. Das klingt alles nach viel Brüsseler Mechanik. In Wirklichkeit nutzen nationale Regierungen oder Teile davon, eine in EU-Gesetzgebung recht uninformierte Öffentlichkeit, um kurzfristige wie kurzfristige Erfolge zu erzielen.

Die Europawahl bietet die Gelegenheit, Inhalte in eine neue Form zu bringen: Die Wahlprogramme unserer Mitgliedsparteien müssen im demokratischen Geiste Antworten auf europäische Herausforderungen bieten. Das Europäische Parlament muss als Co-Gesetzgeber in der Bevölkerung bekannter werden. Es braucht weitere Anerkennung. Die Menschen müssen wissen, wer für welche Politik und mögliche Gesetzgebung steht. Hier können und müssen die EBD-Mitglieder die Kandidatinnen und Kandidaten in der Sacharbeit stellen. Und wir brauchen eine primäre Verantwortung der künftigen Kommission nicht nur gegenüber stets wechselnden nationalen Regierungen, sondern gegenüber einem Parlament, das schließlich für 5 Jahre gewählt wird. Deshalb brauchen wir neben dem inhaltlichen Wettbewerb auch den personellen, der natürlich mit dem Spitzenkandidatenmodell verbunden sein muss. Dabei sollte die Wahl der Kommissionspräsidentin aus einer Koalition des Parlaments heraus erfolgen.

Von unseren Mitgliedsorganisationen erwarten wir einiges:

- Europäische Lösungen benennen und einfordern, schon während der Diskussionen zu den Parteiprogrammen.
- Die Kandidatinnen und Kandidaten im aufkommenden Wahlkampf inhaltlich durch Wahlprüfsteine stellen. Insbesondere die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten.
- Alle grundsätzlich berechtigten spezifischen Forderungen immer mit einem europäischen Reflex zu versehen.

Die Testfrage ist immer: Ist das Interesse noch gewahrt, wenn die EU in Gänze angegriffen wird und grundsätzlich Schaden nimmt?

- Wir brauchen nicht nur bei den Parteien eine europaweite Perspektive. Auch die europäischen Dachverbände können und müssen den Zusammenhalt stärken. BEUC hat auch hier eine große Verantwortung.

Was wir als EBD-Netzwerk bieten?

- Wir werden auf eine erfolgreiche Kampagne 2019 aufbauen. Viele haben dazu beigetragen, dass sich in Deutschland erstmals wieder 60 % der Wahlberechtigten beteiligten. Der VZBV ist hier als Multiplikator wichtig, hat er doch ein inhaltliches Alleinstellungsmerkmal
- Unsere Netzwerk-Kampagne wird ein pluralistisches Daumenkino der Gründe zur Wahlbeteiligung bieten.
- Gleichzeitig fordern wir im Konsens mit den Mitgliedsorganisationen notwendige institutionelle Reformen ein, um die EU handlungsfester und handlungsschneller zu machen: Stärkung des Europaparlaments, eine Reduzierung der Einstimmigkeitserfordernis im Rat auf wenige gut begründete Ausnahmen und die Einführung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts.

## Politischer Pluralismus als Stärke

Wie realistisch sind aber nun Reformen? Schließlich bremsen die Mitgliedstaaten seit Jahren gute Ideen aus, so zuletzt die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas. Wichtig ist daher vor der Europawahl, wie sich die Parteien zu den 49 Vorschlägen der Konferenz zur Zukunft Europas positionieren. Die Einberufung eines europäischen Konventes aus nationalen und europäischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern und den Exekutiven wäre

der Königsweg, eine stärkere und bessere Europäische Union zu diskutieren und zu schaffen. Unrealistisch? Wir sagen einfach nicht: „Ach, Europa, das kannst Du nicht.“ Wir sagen: „Lasst uns unsere Interessen bündeln, um mehr zu erreichen.“ Unsere ehrenamtliche Präsidentin Dr. Linn Selle hat uns schon vor einigen Jahren - wenn auch strikt neutral - viel professionelles Verständnis für das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher eingeimpft. Wir freuen uns aber nun auf weitere kritischen Impulse aus Ihren Reihen für ein Europa, das wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration braucht. Gerade in einem Europa der Menschen ist ein steter Interessenausgleich aller Sektoren nötig. Wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftlicher und politischer Pluralismus in einer starken repräsentativen Demokratie uns gegenüber autoritären Systemen stärkt. Wir müssen uns stets demokratisch impfen, um unsere Freiheit nach Innen und außen schützen zu können.

Insofern: Kein „Ach“, sondern „Mut für Einheit in Vielfalt, Europa!“ Herzlichen Dank für die Einladung und jetzt freue ich mich auf die Diskussion.

## Über den Autor

**Bernd Hüttemann** (\*8. Dezember 1970 in Paderborn) ist seit 2003 Generalsekretär der Europäischen Bewegung Deutschland e.V. (EBD). Zum Thema Lobbyismus und Public Diplomacy in der EU lehrt er am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau und an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

**Kontakt:** [info@netzwerk-ebd.de](mailto:info@netzwerk-ebd.de)

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf: <https://www.netzwerk-ebd.de/publication/bernd-huettemann-verbraucherschutz-und-staerkung-des-pluralismus-herausforderungen-fuer-die-europawahl-2024-eu-in-brief-03-2023>

## Impressum

**EU-in-BRIEF | Analysen – Positionen – Vorausschau** ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

ISSN-Nummer: 2191-8252

**Zitier-Hinweise:** Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© **Europäische Bewegung Deutschland e.V.**

Alt-Moabit 92 | D-10559 Berlin

T +49 (0)30 3036201-10 | F -19

[info@netzwerk-ebd.de](mailto:info@netzwerk-ebd.de)

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

## Mehr Wissen!

Auf der Website der EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.netzwerk-ebd.de>.

Die Europäische Bewegung Deutschland e.V., gegründet 1949, ist das größte zivilgesellschaftliche Netzwerk in Deutschland und institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.